

Entartung ausdünnen

Unter Franz Josef Strauß zeichnen sich die Konturen des Aids-Staates ab. Die Beschlüsse des Bayern-Kabinetts schüren Schwulenhatz und fördern Denunziantentum.

Wenn es bekannt wird, sorgte sich ein Aids-Opfer vor anonymer Kamera, „werde ich wohl keine Arbeit mehr kriegen.“ Ein anderer Positiver befürchtete, auch seine Geschwister und Verwandten könnten „von der Polizei abgeholt werden“. Ein Dritter zeigte Angst vor „Berufsverbot, Wohnungsverlust und einer Art Getto“.

Zeugnisse von Aids-Positiven, ausgestrahlt am Dienstag letzter Woche in der TV-Sendung „Monitor“. Die Infizierten fühlen sich bedroht, fürchten Nachbarn. An Einzelschicksalen werden die dramatischen sozialen Folgen der teilweise hysterischen Aids-Diskussion deutlich. Und nicht zufällig stammen alle diese Fälle aus München: Der Aids-Staat Bayern, selbsternanntes Vorbild des „europäischen Hygienekreises“ (CSU-Chef Franz Josef Strauß), bekommt Kontur.

Nur zwei Wochen nach Ankündigung des beispiellosen bayrischen „Maßnahmenkatalogs“ gegen die Ausbreitung von Aids, mit Zwangstests, Berufsverboten und Ausweisung, zeichnet sich genau jene Entwicklung ab, vor der Kritiker gewarnt haben. „Allein die Veröffentlichung dieser Maßnahmen“, sagt der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt, „verbreitet Angst und Schrecken. Die Meldungen zum Aids-Test sind drastisch zurückgegangen.“ Ralf Kelch, Münchner Vorstandsmittglied im Bundesverband Homosexualität: „Die Leute verkriechen sich.“

Mit ihrem rigorosen Programm will sich die bayrische Staatsregierung im Kampf gegen die Seuche an die Spitze stellen. Bewerber für den öffentlichen Dienst und Strafgefangene sollen zwangsuntersucht werden, Ausländer mit Test-Ergebnis HIV-positiv keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Jeder „Ansteckungsverdächtige“, das kann einer mit 14 und einer mit 84 sein, soll nach Ermittlungen durch die Polizei oder aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung zwangsvorgeführt werden können. Staatssekretär Peter Gauweiler, im Strauß-Kabinett eine Art Hoher Kommissar für Hygiene und Hysterie: „Wir lassen niemand ungeschoren.“

Was sich CSU-Politiker im einzelnen darunter vorstellen, deuten sie in ihren Reden an. Infizierte und Kranke, schlug der CSU-Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer vor, müßten künftig „in speziellen Heimen“ gesammelt werden. Er sprach von „konzentrieren“, sein Parteifreund und neuer Bonner Staatssekretär Erich Riedl von „absondern“.



Aids-Demonstration in München
„Besser, ich fix mich zu Tode“

Zum Vokabular des Herrenmenschen griff Kultusminister Hans Zehetmair. Aids sei das Symptom einer maroden Gesellschaft, die gesellschaftlichen Randgruppen müßten jetzt „ausgedünnt werden“. Homosexualität gehöre in den „Randbereich der Entartung“. Zehetmair: „Das Umfeld der ethischen Werte muß wiederentdeckt werden, um diese Entartung auszdünnen.“

Die Ankündigungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die von CSU-Ministern vorgegebene Stimmungslage ermuntert Denunzianten und stachelt die Volksseele an. Im Münchner Gesundheitsamt mehren sich die Hinweise auf angeblich aidsinfizierte Bewohner im Studentenheim ebenso wie auf Ehemänner, die mit leichtlebigen Mädchen ein Verhältnis haben. Ein Hotelier wollte gar seinen Angestellten von der Polizei abholen lassen.

In der Münchner Fußgängerzone wurden Aids-Aufklärer als „Saubären“ beschimpft, in der U-Bahn wurde ein Fahrgast zusammengeschlagen, weil Mitreisende ihn für einen infizierten Homosexuellen hielten.

Beratungsstellen melden inzwischen eine deutliche Abnahme der Bereitschaft zum freiwilligen Aids-Test und zur Aids-Beratung. „Die Leute wollen nichts mehr sagen“, weiß Norbert Kathke, Chef des Münchner Gesundheitsamtes. Eine „ziemliche Flaute“ registriert der Arzt und Aids-Berater Joachim Gauger von der Dermatologischen Klinik der Technischen Universität. Selbst die Tele-

phonberatung, so Gauger, werde kaum noch wahrgenommen. Der Virologe Lutz Gürtler hat schon resigniert: „Wir haben eine Schlacht verloren.“

Angst allenthalben verspüren auch Drogenberater bei Con-drobs in München. Lag der Anteil der ratsuchenden aidsinfizierten Drogenabhängigen vor gut einem Jahr noch bei vierzig Prozent, geben mittlerweile nur noch zehn Prozent ihre Infizierung zu. Con-drobs-Vorsitzender und Psychologe Gerhard Eckstein: „Die trauen sich nicht mehr an die Oberfläche.“

Selbst bei Aids-Arbeitsgruppen, die bislang die Hauptlast der Aufklärung und Unterstützung trugen, bleiben Hilfesuchende jetzt aus. Viele, berichtet Guido Vael von der Münchner Aids-Hilfe, lassen sich nun „aus der Karte streichen. Die bisher vorbildliche Zusammenarbeit mit den Kliniken ist schwer gestört“. In der Redaktion der Nürnberger Schwulenzeitschrift „Rosa Flieder“

gehen nicht mal mehr Leserbriefe ein.

Seit in Bayern mit der Verordnung Aids-Opfer als Aids-Täter gebrandmarkt werden, ist nicht nur die Szene verunsichert. Zu einem Vortrag vor der Münchner SPD-Fraktion waren Ärzte nur bereit, nachdem ihnen strikte Anonymität zugesagt worden war. Patienten erklären ihrem Arzt, sie würden woanders hingehen, falls dieser auch Aids-Infizierte behandeln würde. In einem Rotkreuz-Altenheim wird auf dem Aufnahme-Fragebogen bereits nach Aids gefragt, Infizierte werden abgewiesen.

Als erste Behörde verlangt in München das Europäische Patentamt bei Neueinstellungen einen Testnachweis. Siemens will, sobald die Rechtsgrundlage geklärt ist, eiligst nachziehen – ganz im Sinne von Doktor Gauweiler, der den Unternehmen über „positive Vorgaben“ verstärkt klarmachen will, wie sie „mit Infizierten umgehen sollten“.

Wie schwer Gefährdete aus den Risikogruppen nun zu erreichen sind, erlebt täglich der Münchner Streetworker Rainer Albrecht, der für das Gesundheitsamt durch die Szene streift: „Präventivmaßnahmen sind unmöglich geworden.“ Seit der Bekanntgabe des Anti-Aids-Programms kommt sich der 32jährige vor „als jemand, der den Leuten gut zurenden soll und zugleich Redeverbot hat“.

Gastwirte von Schwulen-Lokalen haben dem Sozialarbeiter die Zusammenarbeit aufgekündigt, Drogen-Selbsthilfe-

„Menschen werden heimatlos gemacht“

Interview mit Baden-Württembergs Gesundheitsministerin Barbara Schäfer (CDU) zur Flucht von Aids-Infizierten

SPIEGEL: Frau Schäfer, täglich kommen Aids-Hilfesuchende aus Bayern in Scharen über die Grenze nach Schwaben, um sich in Baden-Württemberg beraten und testen zu lassen. Sie fürchten, in Bayern registriert und überwacht zu werden, wenn sie positiv sind. Schicken Sie dem Münchner Staatssekretär Peter Gauweiler, der die Landflucht mit seinen Aids-Zwangsmaßnahmen ausgelöst hat, demnächst die Rechnung?

SCHÄFER: Das Land Baden-Württemberg kann es sich noch leisten, die Beratung und den Test für bayrische Bürger zu finanzieren.

SPIEGEL: Sie sprechen von einer „Fluchtbewegung“. Das Gesundheitsamt Ulm registriert ein „sprunghaftes Ansteigen“ der Patientenzahlen. Jeder fünfte, der sich untersuchen läßt, kommt aus Bayern.

SCHÄFER: Ich finde es nicht sehr sinnvoll, was hier geschieht. Das isolierte Vorgehen der Bayern, diese Jagd auf Verdächtige, führt zur Verdrängung der Ratsuchenden, vor allem aus Risikogruppen.

SPIEGEL: Nun kommen auch welche, die für immer eine Art Asyl suchen: Prostituierte, denen in Bayern ein Berufsverbot droht, auch Drogenkranke, die sich über die Spritze infiziert haben. Soll Baden-Württemberg zum Paradies für Aids-Positive werden?

SCHÄFER: Ich glaube nicht, daß Baden-Württemberg eine solche Attraktion ausüben wird. Es sind ja vor allem sehr, sehr bedauernswerte Menschen: Aids-Infizierte, die um ihre Krankheit und ihre Infektion wissen, und Aids-Kranke ...

SPIEGEL: ... die alle medizinisch und sozial versorgt werden müssen.

SCHÄFER: Vorläufig sind diese Flüchtlinge für uns kein Problem. Aber furchtbar ist, wenn durch die bayrische Aids-Verfolgung Menschen ohne Not heimatlos gemacht werden.

SPIEGEL: Wie wollen Sie den unkontrollierten Zustrom bewältigen?

SCHÄFER: Wir haben neben 37 Gesundheitsämtern, die alle anonyme Beratung und Tests anbieten, auch Aids-Selbsthilfegruppen, die sehr gut arbeiten. Bis jetzt lief das ehrenamtlich, aber natürlich brauchen die zusätzlich Personal. Baden-Württemberg hat in dieser Woche ein Aids-Sonderprogramm beschlossen, mit dem die Selbsthilfegruppen zusätzlich gefördert werden sollen. Außerdem wird eine landeseinheitliche Telefonnummer installiert, eine Aids-

Nummer, unter der zu jeder Tages- und Nachtzeit Informationen zu bekommen sind.

SPIEGEL: Wird Sie der Zustrom aus Bayern am Ende nicht auch zwingen, Bordelle und Homosexuellen-Klubs zu schließen, wie das Herr Gauweiler machen will?

SCHÄFER: Ich hoffe nicht. Noch ist der Zustrom verkraftbar. Damit würde das Problem nur verdrängt, aus den öffentlich kontrollierten Etablissements etwa auf den Straßenstrich, der dann gar nicht mehr überprüfbar ist.

SPIEGEL: Aids-Spezialist Gauweiler will auch Bewerber für den öffentlichen



Bayern-Kritikerin Barbara Schäfer
„Herr Gauweiler ist isoliert“

Dienst einem Aids-Test unterziehen. Das verstärkt womöglich die Fluchtbewegung, und Sie hätten künftig eine weitaus größere Zahl an Bewerbern.

SCHÄFER: Eine solche Maßnahme bedeutet eine Diskriminierung der Aids-Infizierten. Der Staat gibt anderen Arbeitgebern ein sehr schlechtes Vorbild, wenn er sich um die Versorgungsprobleme der an Aids Erkrankten auf diese Weise drückt.

SPIEGEL: Ende März treffen sich in Bonn die Gesundheitsminister der Länder zu einer Sondersitzung, um neue Maßnahmen gegen Aids zu diskutieren. Sammeln Sie, als Hauptbetroffene der bayrischen Aids-Verfolgung, Verbündete gegen Herrn Gauweiler?

SCHÄFER: In der Gesundheitsministerkonferenz wird Herr Gauweiler sicherlich isoliert sein. Wir zahlen doch den Preis dafür, daß er sich mit einer niedrigen Aids-Infizierten-Quote brüsten kann. Es wird ganz sicherlich zu heißen Diskussionen kommen.

SPIEGEL: Heiße Diskussionen haben Sie auch im baden-württembergischen Kabinett. Kultusminister Mayer-Vorfelder liebäugelt durchaus mit einigen Vorstellungen, wie sie die Bayern entwickelt haben. Hat Ihre Aufklärungskampagne im eigenen Lager nicht eingeschlagen?

SCHÄFER: Die Diskussion zum Thema Aids läuft, wo immer sie stattfindet, in einer ganz bestimmten Richtung ab. Es gibt Menschen, die ausgehen vom Typus des Aids-Infizierten, der bössartig und darauf bedacht ist, andere Menschen auch zu infizieren. Wenn man diesen Menschentypus vor Augen hat, dann ruft man natürlich nach Zwangsmaßnahmen. Ich glaube, daß dies ein falsches Menschenbild ist, denn derjenige, der erfährt, daß er aidsinfiziert ist, hat heute praktisch sein Todesurteil in der Hand. Der wird ganz sicherlich nicht darüber nachdenken, wie er andere Menschen ansteckt, sondern wie er andere Menschen beschützen kann.

SPIEGEL: Sind das Erfahrungen aus der Praxis, aus dem Umgang mit Aids-Infizierten?

SCHÄFER: Ja, Zwangsmaßnahmen sind schädlich, weil schon die Diskussion darüber in den Risikogruppen Angst vor behördlicher Verfolgung auslöst. Viele denken dann nur noch darüber nach, wie sie untertauchen können. Unsere Maßnahmen gehen davon aus, daß jeder Mensch zunächst einmal sich selbst vor Infektion schützen will, auch andere, seinen Sexualpartner schützen will. Wir appellieren an die Freiwilligkeit, sich dem Test zu stellen.

SPIEGEL: Mit welchem Ergebnis?

SCHÄFER: Innerhalb von zwei Jahren haben wir 33 500 freiwillige Untersuchungen in Risikogruppen vornehmen können. Wir haben eine Infizierten-Rate etwa von zwei Prozent festgestellt. Es wäre wohl niemals das gleiche Ergebnis zu erwarten, wenn wir versuchen würden, das über behördliche Zwangsmaßnahmen zu erreichen. Zwang tötet die Bereitschaft zum Mitmachen und das Verantwortungsgefühl für die eigene Gesundheit, die offenbar doch sehr stark ausgeprägt sind.

SPIEGEL: Sie haben jetzt im Ministerium Videoclips und Kinospots speziell für Jugendliche entwickelt. Wird

der belehrende Text bei jungen Menschen nicht eine Abwehrhaltung erzeugen, also genau das Gegenteil bewirken?

SCHÄFER: Unsere Kinospots enthalten zwar einen warnenden Text, aber mit einer Musik, die sehr lebensbejahend ist, Lebensfreude vermittelt . . .

SPIEGEL: . . . Marius Müller-Westernhagen singt: „Laß uns leben“ . . .

SCHÄFER: . . . und das ist die Schiene, auf der man Jugendliche erreichen kann. Jeder junge Mensch lebt gerne und hat sicherlich Angst vor einer so tödlichen Bedrohung wie Aids. Ich hoffe, daß auch eine warnende Stimme von Jugendlichen akzeptiert wird, weil sie ganz sicherlich zu den hochgefährdeten Gruppen unserer Bevölkerung zählen.

SPIEGEL: Ihr hessischer Kollege Armin Clauss hat in seinem Ministerium

gruppen verdächtigen ihn als Amtsspitzel, Prostituierte wollen ihm den Schäferhund auf den Hals hetzen. Speziell bei Junkies, so Albrecht, „werden die Zukunftsperspektiven jetzt deutlich ruiniert“. Wer in mühsamer Arbeit drogenfrei geworden war, werde schon aus Angst vor dem eventuellen Herausreifen als potentieller Positiver rückfällig. „Dann ist es immer noch besser“, hört Albrecht, „ich fix mich zu Tode.“

Bei dem Arzt und Berater Klaus Görgens im Münchner Gesundheitsamt melden sich Homosexuelle und Drogensüchtige „schon lange nicht mehr“. Daß sich eine „Fluchtbewegung“ aus Bayern abzeichnet, wie letzte Woche die Stuttgarter Gesundheitsministerin Barbara Schäfer publik machte (siehe Interview Seite 132), beobachtet Görgens schon seit Wochen. Positive würden regelrechte Auswanderer-Gruppen bilden, Studenten den Studienplatz wechseln, um nicht spä-

te“ zu bekämpfen. Polizeiführer Gauweiler will „so viele Gruppen wie möglich der Testung zuführen“.

Offensichtlich angetan von den ordnungs- und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten einer gnadenlosen Seuchenbekämpfung, wollen die Bayern ihre Front vorerst dort verstärken, wo die Opfer am schwächsten sind. In Regensburg untersagte die Polizei die Teilnahme am privaten Fest einer Schwuleninitiative.

In Bayerns Gefängnissen sollen sich die 10 000 Häftlinge, obwohl der Maßnahmenkatalog noch keine Rechtsgrundlage bietet, in den nächsten Tagen einem freiwilligen Test unterziehen. Wer sich weigert, gilt als infiziert und kommt in Einzelhaft. Essen und Trinken werden dann nur noch mit Handschuhen gereicht, das Bewachungspersonal wird mit „chemischen Keulen“ nachgerüstet.



Aids-Aufklärer Clauss: Kondom-Automat im Ministerium

einen Kondom-Automaten aufstellen lassen. In Berlin soll künftig bei Zigarettenautomaten ein neuer Schacht eingeführt werden, damit man Kondome Tag und Nacht bekommen kann. Wann weihen sie den ersten Kondomspender ein?

SCHÄFER: Wenn Herr Kollege Clauss das Sozialministerium als einen so gefährdeten Ort betrachtet, dann ist es seine Entscheidung, dort einen Kondomautomaten aufzustellen. Im übrigen sollte man sicherlich den Zugang zu Kondomen, von denen man nun weiß, daß sie vor Aids schützen, erleichtern und enttabuisieren. Mir ist allerdings wichtig, daß sich die gesamte Aufklärung nicht nur auf Kondome stützt. Sie muß vielmehr wertbezogen gestaltet werden, nachdenklich und nicht nur pragmatisch.

ter nach einem Zwangstest in Bayern Berufsverbot zu bekommen.

In Schulen erlebt Görgens, daß die Diskussion über die Meldepflicht die Aufklärungsarbeit fast unmöglich macht. Tenor der Schüler: Wenn sich der Staat so fies verhält, nehmen wir von ihm auch nichts mehr an. In Krankenhäusern, berichtet der Arzt, würden immer häufiger Aids-Erkrankte oder auch bloß Infizierte als stark selbstmordgefährdet eingeliefert. Görgens' erschreckende Erkenntnis: „Allein dieser Maßnahmenkatalog wird schuld daran sein, daß Aids-Kranke früher sterben und daß sich bei Positiven die Immunlage so verschlechtert, daß sie aidskrank werden.“

Die Regenten im Freistaat stören sich an derartigen Einwänden nicht. Kultusminister Zehetmair geht es allein darum, die „Verkehrung gesellschaftlicher Wer-

MEDIKAMENTE

Spender aus den Slums

3000 Bluter sind aidsinfiziert, weil unsauberes Plasma auf den Markt kam. Pharma-Hersteller und Versicherer müssen mit Entschädigungssummen in Milliardenhöhe rechnen.

Am Freitag, dem dreizehnten, hatte Aids endgültig auch die deutsche Pharmaindustrie erreicht.

Von zehn Uhr früh bis in den Nachmittag hinein berieten Ende letzter Woche 18 Topmanager der Arzneimittelbranche über den Umgang mit der Seuche. „Was da auf uns zukommt“, sorgte sich ein Teilnehmer hinterher, „könnte zur Katastrophe schlechthin werden.“

Die Katastrophe ist schon da, wird aber in ihrem Ausmaß von Verursachern und Mitwissern noch verschwiegen. Es wird viele Tote geben, Pharmakonzerne und Versicherer drohen Entschädigungssummen in Milliardenhöhe.

Das Aids-Problem, das in vertraulicher Runde beim Chemiemulti Bayer Leverkusen diskutiert wurde, betrifft 6000 Bürger der Bundesrepublik unmittelbar: die Bluter. Sie wurden jahrelang mit einem Spezialmittel, dem gerinnungsfördernden „Faktor VIII“, versorgt. Doch dieses Plasmakonzentrat war häufig, wie sich nun herausstellt, vom tödlichen HIV-Virus verseucht.

Rund die Hälfte der 6000 Bluterkranken hat sich mittlerweile angesteckt. Allein in Bonn, mit knapp 800 Patienten das größte Behandlungszentrum der Welt, liegt die Quote bei 60 Prozent. 29 Bluter sind bereits an Aids gestorben, zuletzt einer Ende Februar. Auch Partner der Kranken haben sich infiziert, nach Schätzungen jeder zehnte.

Eine tödliche Welle rollt an. Erst seit 1985 sind alle Blutplasmen aidsicher. Die meisten Bluter wurden jedoch zwischen 1981 und 1984 infiziert. Offenbar